

BastA!

Basels starke Alternative

STEUERGERECHTIGKEIT

TAX THE RICH



Und wieder müssen wir über Steuersenkungen reden. Wie in der letzten Bulletin-Ausgabe berichtet, hat die Regierung ein Steuersenkungspaket geschnürt, von welchem einmal mehr nur die Reichen und Topverdienenden profitieren. Nachdem BastA! gemeinsam mit den GRÜNEN BS und der Juso erfolgreich das Referendum gegen diese Steuervorlage ergriffen hat, kommt das Steuerpaket nun im März vor das Stimmvolk.

Das Steuerpaket will die Steuern für Vermögen über 750'000 Fr. sowie für Vermögen über 2.5 Mio. Fr. senken und hier sei betont: Dieser Steuersenkung liegt kein parlamentarischer Auftrag vor! Ebenso sollen die Steuersätze für die obersten Einkommensklassen wieder gesenkt werden. Ein Affront gegenüber der Stimmbevölkerung, die 2019 die Topverdienersteuer deutlich an der Urne angenommen hat. Diese wird nun

mit dem Steuerpaket zu einem grossen Teil wieder ausgehebelt. Für die unteren Einkommen hat die Steuervorlage auch ein kleines Zückerchen parat, der Sozialabzug für Einzelpersonen wird um 400.- respektive um 800.- für Verheiratete erhöht. All diejenigen, die kein steuerbares Einkommen haben, gehen leer aus. Kurz: Einmal mehr wurde ein Steuerpaket nur für Reiche geschnürt.

An dieser Stelle sei nochmals unterstrichen: Noch nie waren Einkommen und Vermögen so ungleich verteilt wie heute. Begünstigt wird dieser Trend durch das neoliberale Wirtschaftssystem, welches Arbeit immer stärker besteuert statt beispielsweise die Kapitaleinkünfte. Besonders in den 2000er Jahren wurden die Steuern für hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften in der Schweiz gesenkt. Angekurbelt durch

weiter auf Seite 3

AZB
4005 Basel
POST CH AG

Mutationen an:
Postfach 225
4005 Basel



SEITE 4

#LÜTZIBLEIBT



SEITE 7

WIDERSTAND GEGEN RHEINTUNNEL WÄCHST



SEITE 9

SYSTEMALTERNATIVEN

03. März
Globaler Klimastreik
07. März
Koordination
08. März
internationaler Frauenkampftag
12. März
Abstimmungsbrunch
18. März
Bildungstag zu Campaigning
21. März
BastA! Mitgliederversammlung
25. März
Wanderung ins reizvolle Autorial
Ökostadt Basel, Initiativkomitee
„Sauberes Quellwasser“
14:15 Uhr - Haltestelle Riehen Dorf,
Tram 6
20. April
Jahresversammlung
1. Mai
Internationaler Tag der Arbeiter*innen
2. Mai
Koordination
13. Mai
40 Jahre GRÜNE SCHWEIZ

MITGLIED WERDEN

Als Mitglied erhältst du unseren Newsletter und 4 Mal im Jahr das BastA!-Bulletin gratis nach Hause geschickt. Zudem hast du das Recht, an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen und bei allen Entscheidungen, wie z.B. Parolenfassungen, deine Meinung einzubringen und mitzubestimmen. Du erhältst auch jeweils eine Einladung zu den Koordinations-Sitzungen (Vorstandssitzungen), die bei BastA! grundsätzlich für alle Mitglieder offen sind.

Deinen Mitgliederbeitrag legst du selber fest, Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag beträgt Fr. 10.- pro Monat respektive Fr. 120.- pro Jahr.
<http://basta-bs.ch/mitglied>

IMPRESSUM

Nr. 01/2023
Redaktion: Franziska Stier, Martin Flückiger, Andreas Suter, Helma Pöppel, Till Kleisli, Mariann Gloor
Layout & Bildredaktion: Till Kleisli, Franziska Stier
Auflage: 1400 Druck: Rumzeis Basel
Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch
Telefon: 061 / 691 16 31
Konto: PC 40-31244-5

MIT KLARER VISION INS WAHLKAMPFJAHR

Liebe Leser*innen, wir freuen uns, euch in dieser Ausgabe unser neues Design und unser geschärftes Selbstverständnis bzw. unsere Vision (Seite 12) zu präsentieren.

Mit Blick auf die Herausforderungen der nächsten Jahre hat BastA! ihr Selbstverständnis geschärft und eine konkrete Vision für die eigene politische Arbeit verabschiedet. Die neue Vision wird von einem neuen optischen Auftritt begleitet. BastA! zeigt: Wir sind bereit!

Vor uns liegen viele Herausforderungen. Unsere Gesellschaft ist konfrontiert mit den Folgen der Pandemie, einer enormen Teuerung, und steht vor einem dringend notwendigen ökologischen Umbau. Die Klimakrise ist im Kapitalismus nicht lösbar, ohne global noch mehr Ungleichheit und menschliches Leid zu produzieren. Technischer Fortschritt allein, kann weder die sozialen noch die ökologischen Probleme lösen, die wir in 150 Jahren Kapitalismus angerichtet haben. Wir müssen die Wirtschaft neu denken und die Bedürfnisse von Mensch und Natur ins Zentrum stellen.

Aber auch in Basel stehen wir vor Herausforderungen, bei denen eine starke linke Stimme unabdingbar ist. Vom feministischen Streik am 14. Juni, zur Umsetzung einer klimaneutralen und klimagerechten Stadt bis 2037, der sozialverträglichen Entwicklung mit genügend Grünflächen des Klybeck-Areales bis zur Verhinderung des Dinosauriers-Projekts Rheintunnel.

Mit Blick auf die Herausforderungen der nächsten Jahre hat BastA! ihr Selbstverständnis geschärft und eine konkrete Vision für die eigene politische Arbeit verabschiedet. An Workshops und Sitzungen haben die BastA!-Mitglieder über die inhaltlichen Schwerpunkte diskutiert und an der Vision gefeilt. Darin heisst es unter anderem: „Als feministische, ökosozialistische Partei arbeiten wir an der radikalen Umverteilung von Zeit, Macht und Geld. Wir streiten für

eine soziale Revolution, die das gute Leben für alle ins Zentrum stellt“.

Einen zentralen Hebel für dieses Umdenken sieht die Partei in der Arbeit in den Quartieren, Nachbarschaften und als Teil sozialer, ökologischer und feministischer Bewegungen. Für uns ist es wichtig, dass die Themen, die auf die Strasse getragen werden, auch in den Parlamenten diskutiert werden. An beiden Orten stehen wir für soziale Gerechtigkeit und Teilhabe ein.

Deshalb sind wir nicht nur auf eine aktive Basis angewiesen, sondern wollen auch unsere Stellung in den Parlamenten stärken. Bereits im Juni stehen die Bürgergemeinderatswahlen der Stadt Basel an, wo BastA! zum ersten Mal seit langem ohne gemeinsame Liste mit anderen Parteien antritt. Im Herbst bestreiten wir dann zusammen mit den Grünen Basel-Stadt die Nationalratswahlen, bei denen Basel-Stadt nur noch 4 statt wie bisher 5 Sitze zur Verfügung stehen. Wir geben unser Bestes, damit Sibel Arslan ihren Sitz sichern kann! Und schon ein Jahr später stehen die Grossratswahlen in Basel an.

Die neue Vision gibt BastA! eine inhaltliche Orientierung um allen Herausforderungen – ob international oder lokal – zu begegnen und unsere Position für Abstimmungs- und Wahlkämpfe zu schärfen. Diese Entwicklung wird mit einem neuen optischen Auftritt unterstrichen. Das moderne Design zeigt, dass BastA! in Bewegung bleibt und auch in Zukunft die linke Stimme von Basel ist. Gestärkt werden wir die bevorstehenden wichtigen Abstimmungen und Wahlkämpfe sowie die politischen Bewegungen, wie den feministischen Streik angehen.

*Sina Deiss und Nicola Goepfert,
Co-Präsidium BastA!*

Fortsetzung Seite 1

das föderalistische Besteuerungsprinzip wetteiferten die Kantone um die grössten Steuererleichterungen für die Reichen und Topverdienenden. Gleichzeitig sind aber auch die hohen Einkommen überdurchschnittlich stark angestiegen. Das bedeutet: Reiche verdienen immer mehr, aber zahlen immer weniger Steuern. Für die grosse Mehrheit der Steuerpflichtigen ändert sich, zumindest steuertechnisch, kaum etwas. Zwar sind die unteren und mittleren Löhne ebenfalls gestiegen, aber auch die Kosten für die Krankenkassen, Mieten, Energie etc. Heisst, real hat die grosse Mehrheit nicht mehr im Portemonnaie.

Und hier zeigt sich, dass eine gerechte Steuerpolitik ein Instrument der Umverteilung von oben nach unten wäre, würde man die Reichen und Vermögenden gerecht besteuern. Die Schweizerische Bevölkerung hat in der Bundesverfassung festgehalten, dass Steuern progressiv ausgestaltet werden sollen, wer also mehr hat, muss mehr geben, wer weniger hat, wird entlastet. Das Gegenteil ist beispielsweise für die Krankenkassen der Fall. Noch immer sind es Kopfprämien, die mittlere bis untersten Einkommen deutlich stärker belasten, wobei aber ein (zu kleiner) Teil davon über Prämienverbilligungen aufgefangen wird. Und solche Sozialtransfers werden über Steuereinnahmen finanziert. Oder bezahlbaren Wohnraum, unser Bildungssystem, Service Public, alles mit Steuergeldern finanziert und alle, unabhängig vom Kontostand, profitieren davon. Wir müssen uns also wieder bewusst machen, dass Steuereinnahmen dem Allgemeinwohl dienen. Und mit solchen Steuervorlagen tragen Reiche immer weniger zur Finanzierung des Allgemeinwesens bei und gleichzeitig spitzt sich die Ungleichheit weiter zu.

Und ja, die Kantonsfinanzen für 2024 sehen nicht schlecht aus. Dennoch ist es verantwortungslos, Steuersenkungen auf Vermögen und die obersten Einkommensklassen vorzunehmen, wenn man doch weiss, dass uns, nur um ein Beispiel zu nennen, grosse Investitionen im Bereich des Klimaschutzes bevorstehen. Oder ganz aktuell, die Energiekrise, die viele Menschen in finanzielle Nöte bringt. Jetzt muss der Kanton einen finanziellen Handlungsspielraum für zusätzliche Unterstützung haben.

Und es sei hier nochmals erwähnt: Diese Steuersenkungen haben keinen politischen Auftrag und hebeln einen Volksentscheid aus! Ein besonders fader Nachgeschmack: als die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat dieses unsoziale Steuerpaket angenommen hat, hat genau die gleiche bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat den Corona-Bonus für die ausserordentliche Leistung des Pflegepersonals während der Pandemie abgelehnt. Die Reichen lassen den Champagnerkorken knallen, für das Pflegepersonal muss Beifall reichen.

Sina Deiss, Co-Präsidentin BastA!



WIR SAGEN DANKE!



Beatrice Meserli tritt nach sieben Jahren im Grossen Rat Ende Januar 2023 zurück. Beatrice war und ist eine engagierte Kämpferin für Chancengleichheit in der Bildung, faire Arbeitsbedingungen und Gleichstellung der Geschlechter. Als erfahrene OS-Lehrerin vertrat sie seit ihrem Beginn des Mandats 2016 das GAB unter anderem in der Bildungs- und Kulturkommission, wo sie sich für ein gesundes Bildungswesen und Chancengleichheit auf allen Stufen stark machte und sich vehement gegen die Leistungslogik im Bildungswesen einsetzte. Einer ihrer grössten Erfolge war die Abschaffung der Leistungscheck auf allen Schulstufen.

Ihr unglaublich breites Know-How und ihre enorme Herzlichkeit wurden weit über die Parteigrenzen geschätzt. Nicht nur als profilierte Politikerin sondern auch als Mensch wird Beatrice in der Fraktion fehlen. Für ihre unglaublich wertvolle Arbeit, ihre radikale Menschlichkeit und ihren Humor bedanken wir uns herzlich und freuen uns extrem, dass sie BastA! weiter erhalten bleibt. Für Beatrice Meserli rückt Fina Girard, Präsidentin des jungen grünen Bündnis in den Grossen Rat nach.



Beatrice Alder hat BastA! über sechzehn (!) Jahre im Bürgergemeinderat vertreten. Jetzt möchte sie alles etwas ruhiger angehen. Recht so, das sei dir vergönnt. In den sechzehn Jahren hat Beatrice einiges im Bürgergemeinderat geleistet. Unter anderem vertrat sie BastA! in der Einbürgerungskommission und hat dort viele Menschen begleitet und unterstützt.

Ihre offene Art, ihre unglaubliche Empathie und ihr starker Gerechtigkeitsinn wurden von allen sehr geschätzt. Beatrice mag es nicht, wenn man grosse Worte auf sie verwendet, aber wir möchten es uns dennoch nicht nehmen lassen, Beatrice Alder für ihre tolle Arbeit und ihr Engagement herzlich zu danken.

Für Beatrice Alder rückt Nicola Goepfert, unser neuer Co-Präsident von BastA! in den Bürgergemeinderat nach.

#LÜTZIBLEIBT

Dieser Artikel wurde vor der Räumung durch die Schwarz-Grüne Landesregierung Nordrhein-Westfalens verfasst.

Wenn man an dieser Abbruchkante steht und dutzende Meter tief und hunderte Meter weit in ein braunes, totes Loch schaut, bekommt man so einen Realitätsschock. Ich weiss nicht, ob es dir auch schon so ergangen ist: Man liest von der Klimakrise, redet immer wieder von Paris oder der 1.5 Grad-Grenze und stimmt für die Klimagerechtigkeitsinitiative. Es ist klar, dass Exxon Mobile, Shell, BP oder RWE riesige Drecksschleudern sind und trotzdem wurde mir das Ausmass der Zerstörung, die da vorangetrieben wird, erst an dieser Abbruchkante 100 Meter vor Lützerath bewusst.

Lützi ist ein kleiner Ort im Westen Deutschlands im Kreis Erkelenz. Oder könnte es bald gewesen sein. Denn unter Lützerath liegt Kohle, verdammt viel Kohle. So viel, dass 280 Millionen Tonnen CO₂ bei ihrer Verbrennung in unsere Atmosphäre freigesetzt würden. So viel, dass Deutschland damit seine 1.5 Grad-Grenze nicht mehr einhalten könnte.

Es ist der 8. Januar und während ich hier diesen Text schreibe, findet dort der letzte Dorfspaziergang statt. Über 1000 Menschen sind aus ganz Deutschland angereist, um die Überreste dieser Ortschaft noch einmal zu besichtigen und um sich mit den Aktivist*innen zu solidarisieren. AnnenMay-Kantereit spielt und Luisa Neubauer hält eine Rede. So verfolge ich es zumindest auf Social Media. Im April letzten Jahres war ich selbst an einer Grossdemonstration in Lützerath. Mit 4000 anderen stand ich ein paar Zentimeter vor dem unfassbar grossen Loch, das sich Garzweiler 2 nennt, die grösste CO₂-Quelle Europas ist und jetzt noch grösser werden soll. Im Jahr 2023. Bei einer globalen Erwärmung von 1.2 Grad.

Ermöglicht durch zwei Grüne Wirtschaftsminister*innen, Robert Habeck und Moana Neubauer. Entschieden auf Basis von RWEs Zahlen, die das



Demonstration in Lützerath, 2022, zvg. Helma Pöppel

Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung DIW widerlegt hat. Und trotzdem beginnen die Räumungen in zwei Tagen am 10. Januar 2023.

Manchmal ist die Klimakrise kompliziert, ja sogar komplex. Und manchmal lässt sie sich auf einen Ort herunterbrechen und ist plötzlich greifbar. Abbagern oder stehen lassen? 1.5 Grad oder nicht?

Bevor du jetzt das Bulletin betroffen zusammenfallest, gibt es noch eine Sache zu erwähnen. Lützerath ist Deutschlands Desaster und wir müs-

sen uns solidarisieren. Aber auch hier vor unserer Haustür wird ein Desaster geplant. Neben dem katastrophalen Rheintunnel in Basel, soll in Muttenz in der Schweizerhalle ein neues Gaszentrum gebaut werden, mit LNG Terminal, Gasspeicher und Reservekraftwerk.

Vielleicht wird das bald unser Lützi.

Helma Pöppel, junges grünes bündnis nordwest

Am 11. Januar hat die deutsche Polizei mit der Räumung von Lützerath begonnen.

- RWE machte 2022 in den ersten neun Monaten rund vier Milliarden Dollar Gewinn.
- Von den Dividenden profitieren auch mehrere Schweizer Investoren.
- Die Credit Suisse ist mit Anteilen im Wert von 51 Millionen und die UBS mit einer Beteiligung von 26 Millionen US-Dollar an RWE beteiligt.
- Die Genfer Privatbank Pictet unterhält 2,6% von RWE, was einem Investitionsvolumen von rund 669 Millionen US-Dollar entspricht.

Quelle: Lukas Tobler, WOZ

<https://www.woz.ch/2302/tagebau-in-luetzerath/tagebau-in-luetzerath-die-schweiz-graebt-mit/!25SRMAMR6H4N>

LETZTER BERICHT AUS DEM GROSSEN RAT

Bin ich wirklich nicht erst gestern das erste Mal als Grossrätin in den beeindruckenden Grossratssaal getreten? Das erste Mal überrascht von der Stimmung gewesen? Das erste Mal einen Vorstoss eingereicht? Wer hätte gedacht, dass die Zeit so schnell vergeht und trotzdem so viele Themen, Ereignisse, Diskussionen und Begegnungen Platz haben?

Dass die Zeit wie im Flug vergehen kann, ist eine Binsenwahrheit und Teil von Kalendersprüchen, aber es selber zu erfahren immer wieder überraschend.

Angefangen hat meine Grossratszeit mit einer Diskussion um die Ereignisse im Historischen Museum und der damaligen Direktorin. Ein Museum, das einfach nicht zur Ruhe kam, bis zum Einsatz eines «ad Interim» Direktors. Und in der nächsten meiner letzten Grossratssitzung wird es in einem Traktandum wieder um Museen gehen; wir diskutieren nämlich das neue Museumsgesetz, welches nicht zuletzt auf Grund der damaligen Ereignisse revidiert werden sollte. Ein langer Prozess, der nun zu Ende gehen könnte, wenn das Parlament zustimmt. Mit dem neuen Museumsgesetz soll die Zusammenarbeit zwischen Regierung, Parlament, Direktionen der Museen und Museumskommissionen neu und besser geregelt werden und den Museen trotzdem die nötige Autonomie zugestehen.

Zu verhindern galt es die Idee, die Museen auszulagern oder in Stiftungen umzuwandeln und so der Kontrolle des Parlaments zu entziehen oder anders ausgedrückt, den Kanton weiterhin zahlen zu lassen, aber die Kontrolle einem Stiftungs- oder Verwaltungsrat zu übergeben. Wir kennen genügend Beispiele, dass dies nicht wirklich ein Erfolgsrezept ist. Zum Glück votierten auch hinzugezogene Experten nicht wirklich überzeugend für einen derartigen Paradigmawechsel, sodass wir uns weiterhin auf die Revidierung des Museumsgesetzes konzentrieren konnten. Die letzten Arbeiten wurden in

einer Arbeitsgruppe mit Vertreter:innen der BKK, gemeinsam mit PD und den Vertreter:innen der Abteilung Kultur gemacht.

Es freut mich, dass ich das hoffentlich vorläufig letzte Kapitel dieses Geschäftes in meiner letzten Grossratssitzung noch mitbegleiten darf.

Es gibt Monsterthemen wie das Museumsgesetz, aber auch Monsterdebatten wie z. B. Ratschlag und Bericht zum Umbau der Kaserne. Bis dahin habe ich nicht gewusst, dass es möglich ist, dass eine Diskussion fast einen ganzen Tag ums gleiche Thema kreisen kann und jede und jeder auch noch etwas sagen möchte - mehrheitlich jeder. Am besten haben mir diejenigen gefallen, die ihr Votum mit der Einleitung beginnen; eigentlich ist schon alles gesagt, aber lassen sie mich noch kurz ergänzen und dann die volle Redezeit nutzen.

Solche Monsterdebatten gab es immer wieder. Nach einem Tag voller emotionaler Diskussionen sind wir dann um sechs Uhr abends ungefähr bei Traktandum sieben oder acht von achtzig oder mehr Traktanden. Effektivität scheint etwas anderes zu sein, aber das Wesen der Demokratie verlangt manchmal Sitzleder und Geduld.

Überhaupt war das etwas, was ich lernen musste; in der Politik geht es selten oder nie wirklich schnell; einer meiner ersten Vorstösse (Aufhebung Velofahrverbot Rebgrasse, vom Clara-Platz/Greifengasse bis Schafgässlein) ist immer noch nicht erfüllt, das heisst wir Velofahrenden müssen immer noch verbotenerweise durchs Fahrverbot ins BastA! Büro fahren und/oder einen Umweg unter die Räder nehmen, was fast niemand macht, wenn wir ehrlich sind. Selbst einen ehemaligen Regierungsrat habe ich schon dabei beobachtet, wie er das Fahrverbot ignorierte, um möglichst rasch zu einer Sitzung im Gewerkschaftshaus zu kommen.

Vielleicht erlebe ich ja die Erfüllung meines Anzugs noch (wenn auch nicht mehr als aktive Grossrätin)!

Habe ich in meiner Grossratszeit etwas erreichen können? Als meine grössten

Erfolge würde ich meinen Vorstoss zur Abschaffung der Leistungschecks auf allen Schulstufen (was jetzt mindestens zum Teil umgesetzt werden soll) zählen, wie auch die erfolgreiche Überweisung der Standesinitiative zur Ausübung des Parlamentsmandats während des Mutterschaftsurlaubs. Ebenso die erfolgreiche Erstüberweisung eines Anzugs für ein Modul zu gendergerechtem Unterricht in der Ausbildung für Lehrpersonen auf die ich sehr stolz bin, da ich damit eine wichtige Diskussion angestossen habe, auch in den Medien. Überhaupt ist es mir mehrfach gelungen mit Vorstössen (auch wenn nicht alle erfolgreich waren), aber auch in Diskussionen oder Debatten Impulse zu geben.

Ich werde einiges vermissen und vieles, was ich die letzten sieben Jahre erlebt habe, wird mir in guter Erinnerung bleiben; die Arbeit in den Kommissionen, die guten Diskussionen, auch über die Parteigrenzen hinweg und vor allem die Menschen, denen ich begegnet bin und kennenlernen durfte. Trotzdem ist es die richtige Entscheidung, jetzt aufzuhören, da ich immer gesagt habe, dass ich aufhören werde, wenn ich siebzig werde. Dass das so schnell gehen wird - wer hätte das gedacht!



*Beatrice Messerli,
ehem. Grossrätin BastA!/GAB*

BUNDESVERWALTUNGSGERICHT RÜGT NACHRICHTENDIENST DES BUNDES

Nach mehr als zwei Jahren Verfahrensdauer kam das Bundesverwaltungsgericht zu dem Ergebnis, dass der Nachrichtendienst des Bundes keine ausreichende Begründung geliefert hat, um der Partei BastA! Auskünfte, die im Zusammenhang mit der Untersuchung der Geschäftsprüfungsdelegation stehen, zu verweigern.

Die unendliche Geschichte der Schnüffelei

Nach dem Fichenskandal, bei dem bekannt wurde, dass der Schweizer Staatsschutz bis zum Ende des kalten Krieges rund 90'000 Menschen überwacht hat, könnte man meinen, es sei ruhiger geworden. So mancher spätere Skandal wurde nur durch Zufall öffentlich, als beispielsweise 2015 eine Wahlkampfveranstaltung (Ständerat) im kurdischen Verein überwacht wurde. Seit 2018 ist BastA! nun dabei Akten anzufordern. Der Prozess ist zäh und langsam, aber es lohnt sich, dem Nachrichtendienst auf die Finger zu schauen. Viel zu schnell erhält er blindes Vertrauen ausgesprochen und Kompetenzen ausgeweitet.

Nach allen uns vorliegenden Anfragen wissen wir, dass der Nachrichtendienst zu viele Daten erfasst. Teilweise erhielten unsere Mitglieder die Auskunft, dass keine Daten über sie hinterlegt sind. Spätere Anfragen der BastA! ergaben jedoch Daten zur Person. Der Nachrichtendienst sammelt auch aus öffentlichen zugänglichen Quellen, unterlässt es jedoch weitgehend, irrelevante Personeninformationen zu schwärzen. Die Möglichkeit der Volltextsuche führt de facto dazu, dass alle gespeicherten Daten personenspezifisch erschliessbar sind. Aus meiner Sicht ist das gleich zu behandeln wie physisch angelegte Dossiers.

2019 schliesslich überprüfte die Geschäftsprüfungsdelegation, bestehend aus National- und Ständerät*Innen, die Arbeit des Nachrichtendienstes. Auf ihrer Website hält die Geschäftsprüfungsdelegation fest: „Es zeigte sich,



Titelbild des Fichenfritz, Ausgabe 17 /1997). Der Fichen Fritz war die Zeitung des Komitees «Schluss mit dem Schnüffelstaat». Sie erschien von Februar 1990 bis Juni 1998. Auf der Website fichenfritz.ch werden alle 33 Ausgaben digital zugänglich gemacht. Das Projekt wird von buch & netz im Auftrag von grundrechte.ch durchgeführt. Quelle: <https://fichenfritz.ch/fichen-fritz-nr-17/#&gid=1&pid=1>

dass der NDB Informationen über die politische Betätigung und über die Ausübung der Meinungs-, Versammlungs- oder Vereinigungsfreiheit teilweise im Widerspruch zu den rechtlichen Vorgaben beschafft und bearbeitet hat.“

Nach der Veröffentlichung des Berichts stellten wir erneut ein Auskunftsbegehren und erhielten im November 2019 Verfügungen, in denen uns mitgeteilt wurde, dass wir keine Auskunft über 18 Dokumente erhalten werden.

Diese Verfügung fochten wir schliesslich vor dem Bundesverwaltungsgericht an. Das Bundesverwaltungsgericht hebt die Verfügung des Nachrichtendienstes des Bundes vom 20. August 2020 auf und fordert vom NDB eine erneute Prüfung.

Das Gericht hält fest, dass der Nachrichtendienst des Bundes die Einsicht in Dokumente nicht verweigern darf, ohne dass dafür überwiegende Gründe bestehen und ohne dass solche Gründe nachvollziehbar dargelegt werden. „Die informationelle Selbstbestimmung ist ein Grundrecht, das nicht einfach so

beiseite geschoben werden darf“, erklärt Viktor Györfy von grundrechte.ch. Zwar wissen wir zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht, welche Informationen so vertraulich sein könnten, dass man uns diese nicht mitteilen dürfte. Wir sind aber zuversichtlich, dass die erneute Prüfung Aufschluss darüber gibt, da es auch andere Personen und Vereine ermutigt, sich gegen willkürliche Staatsschnüffelei zur Wehr zu setzen.

„Die Kombination aus Anhäufung von Datenbergen und intransparenter Arbeitsweise gefährdet unsere Grundrechte. Daher bleibt es eine zentrale zivilgesellschaftliche Aufgabe, genau hinzuschauen und die Geheimdienste in die Schranken zu weisen, damit sie sich nicht weiter verselbstständigen und das aushöhlen, was sie zu schützen vorgeben: unsere Demokratie“ so Viktor Györfy, Präsident von grundrechte.ch.

Franziska Stier,
Parteisekretärin BastA!

WIDERSTAND GEGEN DEN RHEINTUNNEL WÄCHST



Foto: Tonja Zürcher, Herbst 2022

«Dreirosenanlage muss Monsterbaustelle weichen» schrieb Telebasel anfangs 2022. Wenig überraschend, kamen die Pläne nicht nur im Kleinbasel und bei Klimaaktivist*innen schlecht an. Nach einem intensiven ersten Widerstandsjahr, werden wir 2023 so richtig loslegen. Dreirosen bleibt!

Als das ASTRA letzten Juni im Kongresszentrum geladenen Gästen das Bauprojekt vorstellen wollte, staunten sie nicht schlecht, als wir sie mit dem Transparent «Schiene statt Verkehrslawine. Stop Rheintunnel» begrüßten. Es war der Auftakt für den Basler Widerstand gegen den Rheintunnel. Zum schweizweiten Aktionstag gegen Autobahnen am 17. September organisierten wir mit der Gruppe «Dreirosen bleibt!» auf der Dreirosenmatte eine Mischung aus Kundgebung und Familienfest. Dabei hat sich die Gruppe erst wenige Wochen zuvor auf unsere Initiative hin gegründet.

Es war unglaublich schön zu erleben, wie viele Menschen innert kürzester Zeit einen tollen Anlass auf die Beine gestellt haben. Kaum war der Flyer fertig, hing er schon überall im Quartier. Neben Redner*innen meldeten eine Band und ein Gesangstrio ihre Unterstützung an. Es gab Siebdruck, temporäre Tattoos, Spiele und selbstverständlich auch Reden. Stellvertretend für alle Nutzer*innen der Dreirosenmatte betonte Pascal Kaufmann, Präsident des Basketballclubs Bären, die Bedeutung der Matte: «Es ist nicht nur ein blauer Basketballplatz, es ist nicht nur eine Wiese, auf der Fussball gespielt, Musik gemacht, gepicknickt wird. Es ist eine Lebensschule für ganz viele junge Menschen. Es ist ein Ort wo Freundschaften gebildet werden.»

Kurz darauf heizte Nicole Rohner an der Klimademo so richtig ein: «Dieses Strassenbauprojekt ist eine fucking

Katastrophe fürs Kleinbasel. Es ist ein komplett absurdes Projekt aus dem letzten Jahrhundert. Und es ist nicht mit den Klimazielen und dem Klimanotstand vereinbar. Basta. Es reicht. Wir haben echt genug. Dreirosen bleibt!»

Als das ASTRA Ende Jahr endlich die Informationsveranstaltungen für die Bevölkerung durchführte, wurde deutlich, dass der Widerstand gegen den Rheintunnel über Basel hinaus geht. Der Rheintunnel zerstört nicht nur die Dreirosenmatte, sondern auch Familiengärten in Muttenz, Birsfelden und Basel sowie einen Sportplatz in Birsfelden. Besonders ungemütlich wurde es für die Vertretenden von ASTRA und Kanton dann an der letzten Veranstaltung im Union. Kaum war die Präsentation überstanden, hagelte es Kritik aus dem Publikum: Warum man mitten in der Klimakrise noch so ein Projekt plane, wozu der Tunnel über-

haupt sei und weshalb man nur wenige Jahre nach der Nordtangente-Baustelle die Dreirosenmatte schon wieder für den Autobahnbau zerstören wolle. Regierungsrätin Esther Keller gab zwar zu, dass der Rheintunnel kein klimaneutrales Projekt ist. Warum sie die Autobahn trotzdem unterstützt, blieb offen. Stattdessen versuchte sie eine Petition für Lärmschutz entlang der Osttangente als Argument für den Rheintunnel ins Spiel zu bringen. Eine Anwohnerin aus der Breite und Mitinitiantin dieser Petition widersprach dem aber deutlich. Die Quartiere dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. «Die Petition hat nicht gesagt wir wollen einen Tunnel. Die Petition hat gesagt, wir wollen keinen oberirdischen Ausbau.» Statt den Rheintunnel zu unterstützen, solle die Regierung sich zusammen mit der Bevölkerung für einen raschen und wirksamen Lärmschutz einsetzen. Mit dem Schwung aus den letzten Monaten starten wir motiviert ins 2023. Reserviert euch schon mal den Samstag, 3. Juni für das Widerstandsfest auf der Dreirosenmatte. Schwerpunkte

EIN GRÖSSENWAHNSINNIGES PROJEKT

Der Rheintunnel soll im Bereich Basel die Osttangente (A2) entlasten. Es handelt sich um einen ganzen Tunnelkomplex. Das Kernstück sind zwei neue, zweispurige, 3,6 beziehungsweise 3.8 Kilometer lange Tunnel (Rheintunnel Ost und West), die den Rhein in ca. 18 Meter Tiefe unterqueren.

Die Bauzeit ist auf mindestens elf Jahre veranschlagt mit Kosten von 2,36 Milliarden Franken. Damit wäre es in der Region Basel das teuerste Bauprojekt aller Zeiten. Angedachter Baubeginn: 2029.

Während der gesamten Bauzeit soll die Dreirosenmatte für die Infrastruktur der Baustelle dienen. Es ist geplant, die riesigen Bau- und Bohrmaschinen dort zu stationieren.

Zahlreiche Familiengärten in Basel, Birsfelden und Muttenz wären nicht nur während der Bauzeit betroffen, sondern würden definitiv aufgehoben werden.

Auch beim Rheintunnel bleiben, wie immer im Strassenbau, die grauen Emissionen unberücksichtigt. Wegen den erforderlichen, enormen Mengen von Beton sind diese im Tunnelbau besonders hoch.

werden zudem die quartier- und gemeindeübergreifende Vernetzung des Widerstands und die Information der Bevölkerung. Ab Herbst gilt es dann Unterschriften für das schweizweite Referendum gegen den Autobahnausbau zu sammeln. Hast du Lust, dich beim Widerstand

zu beteiligen? Dann melde dich auf dreirosenbleibt.ch an. Ich freue mich auf den gemeinsamen Einsatz gegen den Rheintunnel und für eine klimagerechte Zukunft!

*Tonja Zürcher,
Grossrätin BastA!//GAB*



Kundgebung auf der Dreirosenmatte am 17. September 2022

DER SOZIALISMUS KOMMT NICHT ANGEFAHREN – ER MUSS ERKÄMPFT WERDEN

In dieser und den nächsten Ausgaben des BastA!-Bulletins wollen wir euch Alternativen zum Kapitalismus vorstellen. Transformatorische Konzepte, Gedanken über eine Welt nach dem Kapitalismus und gelebte Alternativideen. Für diese Serie freuen wir uns über Diskussionsbeiträge, aber auch Inputs von euch.

Unsere Alltagsgegenstände werden laufend auf den individuellen Gebrauch zugeschnitten, das Miteinander und Sachen teilen tritt immer mehr zurück.

Dieses Fördern des individuellen Konsums ermöglicht es dem Kapital, immer grössere Profite zu machen: Die öffentlichen Telefonkabinen werden durch ein persönliches Handy ersetzt, jede Wohnung bekommt einen Wäscheturm und die gemeinsame Waschküche verschwindet.

Und natürlich haben wir das Auto, anstelle von Zug oder Bus.

Das Auto, der Bürgerkäfig, der paradoxerweise für individuelle Freiheit schlechthin steht.

Nach Jahren von Dieselskandal und schlechtem Ruf als Klimakiller, scheint sich das Auto seit dem Einzug des Elektroantriebs neu zu erfinden. Der «Saulus wird zum Paulus» jubelt der TCS. In seiner mobility-academy schreibt er, das Automobil habe seine grössten Erfolge erst noch vor sich. Ausgeblendet wird der ungebührlich grosse Platzbedarf und die weiterhin toxisch hohe Material- und Energieverschwendung bei der Herstellung und dem Betrieb.

Aber noch schlimmer: das Automobil scheint als weltweites Kultobjekt Unter- und Oberschicht in der gemeinsamen Anbetung zu vereinen. In Wirklichkeit aber wird der Klassengegensatz vernebelt. Der Besitz des Autos gaukelt auch da Wohlstand vor, wo in Bildung und Arbeitsverhältnissen das Elend vorwiegt.

Antisoziale Sozialisation

Als ich vor langer Zeit meinen Führerausweis machte, erzählte der Fahrlehrer, wie das Auto auch nette und sanfte Menschen in Grobiane verwandeln könne.

In Minima Moralia schreibt Theodor

W. Adorno: «Welchen Chauffierenden hätten nicht schon die Kräfte seines Motors in Versuchung geführt, das Ungeziefer der Strasse – Passanten, Kinder und Radfahrer – zuschanden zu fahren?»

André Gorz nennt dies «antisoziale Sozialisation». Er beobachtet, wie der individualisierte Konsum und insbesondere das Auto das bürgerliche Denken und das bürgerliche Verhalten fördern. In seinem bedeutenden Werk «Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus» schreibt

«Welchen Chauffierenden hätten nicht schon die Kräfte seines Motors in Versuchung geführt, das Ungeziefer der Strasse – Passanten, Kinder und Radfahrer – zuschanden zu fahren?»

er: «In der Ideologie des Konsums im Überfluss steckt weniger das Versprechen auf Komfort als vielmehr das Bild von einer in ihrem einsamen und selbstgenügsamen Universum eingesperrten Monade: die Wohnung mit allem Komfort (d. h. ein von äusseren Dienstleistungen unabhängiges, abgeschlossenes Universum), in der man sich (dank Fernsehen) die Welt als Schauspiel gönnt, die man am Lenkrad eines Privatwagens verlässt, um die Natur ohne die Menschen zu geniessen. Man ist wütend über den Staat, der nicht genug Autobahnen baut, um diese Flucht zu erleichtern; aber man ist nicht wütend über die Profitwirtschaft, die diese Flucht sozusagen erzwingt.»

Der Text aus dem Jahr 1967 ist auch 2022 immer noch aktuell. Einzig hiesse es heute Internet statt Fernsehen und die Sprache würde gendern. Damit sich nun die Menschen in Europa diesen Konsum im Überfluss leis-

ten können, sind sie permanent darauf angewiesen, Geld zu verdienen.

Zeit statt Geld

Gorz analysiert die kapitalistische Gesellschaft in ihrer Entwicklung und ihren Widersprüchen. Er sucht nach den Rissen im System, nach kleinen Lichtblicken, aus denen sich Strategien entwickeln lassen. Da mit dem Siegeszug des Neoliberalismus Anfang der 80er Jahre (Ronald Reagan wurde 1981 Präsident der Vereinigten Staaten) die prekären Arbeitsverhältnisse auch in Westeuropa zunahmen,

beginnt Gorz wie andere Linke auch, Arbeit in einem neuen Kontext zu sehen. Arbeit muss sich jenseits der Lohngesellschaft entwickeln, der klassische Broterwerb muss einen immer kleineren Teil einnehmen zugunsten von Arbeiten, die auf Bedürfnissen von Gesellschaft und Natur beruhen und nicht auf Interessen der Wirtschaft.

Er entwirft gesellschaftliche Modelle mit neuen, multiaktiven Arbeitsformen, wo Zeit und nicht Geld das höchste Gut ist.

Grenzen des Wachstums

Im Jahr 1972 erschien der erste Bericht des Club of Rome «Grenzen des Wachstums». Das Buch erschütterte die Welt und setzte die Diskussion in Gang, wie der ökologische Zusammenbruch zu verhindern sei. Wie sollten wir uns eine lebenswerte Welt erschaffen? Wie konnte es sein, dass Fortschritt



Foto: WikimAGES, pixabay; Quelle: <https://pixabay.com/de/photos/automobil-defekt-kaputt-autowrack-62827/>

und Wachstum, die allmählich den Wohlstand für alle bringen sollten, gleichzeitig den Planeten zerstörten? «Einer der am weitesten verbreiteten Mythen in unserer heutigen Gesellschaft ist das Versprechen, dass eine Fortführung der gegenwärtigen Wachstumsmuster zu menschlicher Gleichheit führen wird» schrieb der Club of Rome in ihrer Studie. Ein kapitalistischer Mythos.

Doch der Kapitalismus ist nur eine von vielen Epochen in der Geschichte der Menschheit, nur ein weiterer Schritt in unserer Entwicklung. Schon der Gedanke, dass etwas veränderlich ist, kann Mut machen.

Ohne ein wachstumskritisches Verständnis von Fortschritt und ohne ein neues Verhältnis zu uns selbst und unserer Umwelt, also menschlicher und nichtmenschlicher Natur, verharren wir in der Systemkrise, die unweigerlich in die Barbarei führt.

So zeigt sich, dass die Kernforderung der europäischen Gewerkschaften zumeist die Lohnerhöhung und die Anpassung der Löhne an die steigenden Kosten ist. Das ist bei den explodierenden Energie- und Gesundheits-

kosten sicher eine berechnete und notwendige Forderung.

Trotzdem muss schon sehr bald auch eine kontinuierliche Reduktion der Arbeitszeit erkämpft werden. Und wen wundert es: der Widerstand von Seite der Arbeitgeber ist gross. Lieber mehr Ferien als kürzere Arbeitszeiten. Denn Ferien sind da zum Abschalten und Konsumieren. Hingegen haftet der Reduktion der (Erwerbs-)Arbeitszeit etwas Subversives an. Vielleicht eröffnen sich durch kreative Arbeit neue Perspektiven jenseits der Konsumwelt. Zudem würde die Reduktion der klassischen Arbeitszeit auch zu einem Wachstumsrückgang führen, was schlussendlich der Weg wäre, um die Klimakatastrophe zu verhindern.

Was nun, wie weiter?

Unser Bedürfnis nach Mobilität wird bleiben, genau wie unsere Sehnsucht zu reisen. Ohne liebevolles, geschwisterliches Verständnis der menschlichen Natur werden wir keinen Systemwechsel von Dauer erreichen.

André Gorz spricht von einem steinigen und schwierigen Weg zum Sozialismus. Ein «Sozialismus des

Möglichen». Er hat Verständnis für die revolutionäre Ungeduld hat aber in der Revolution von 1968 gesehen, wie Forderungen nach allem oder nichts eine Bewegung sehr schnell ausbrennen lassen.

Fünzig Jahre nach seinem ersten Bericht, publizierte der Club of Rome eine weitere Studie «Earth for All». In Bezug auf das Auto wird vorgeschlagen: weniger und kleinere Fahrzeuge. Solange die Zahl der motorisierten Fahrzeuge in der Schweiz jedes Jahr massiv zunimmt, sind wir noch weit von diesem Ziel entfernt.



Andreas Suter, BastA!

100 TAGE IM BÜRGERGEMEINDERAT

Gerne berichte ich aus dem Bürgergemeinderat. Hier fand im letzten Halbjahr in der Fraktion Grünes Bündnis gerade das grosses Sesselrücken statt.

Von 40 Sitzen sind 5 in der Hand des Grünen Bündnisses. Zur Zeit sind das 3 Grüne und 2 BastA!-Mitglieder. Neu wird die Fraktion präsidiert von Lea Steinle (Grüne). Anita Lachenmeier (Grüne) übernahm die Wahlprüfungskommission sowie die Waisenhauskommission und ich, Brigitta Gerber (BastA!), die Aufsichtskommission. Stefan Rommerskirchen bleibt in der Kommission des Bürgerspitals. Nicola Goepfert wird für Beatrice Alder nachrücken (siehe 3).

Die Fraktion wählte auch ein neues Mitglied der Einbürgerungskommission: Simone Gysin (Grüne). Dieser Kommissionssitz wird abwechselnd von einem Mitglied der Grünen oder von BastA! besetzt.

Nach den Personalien zum Geschäft:

Im Gegensatz zum Grossen Rat ist im Bürgergemeinderat die Parlamentsmehrheit seit Jahrzehnten in bürgerlicher/SVP- Hand. Und da die Exekutive, der 7-köpfige Bürgerrat, hier über das Parlament gewählt wird, ist das Grüne Bündnis von allen 7 Sitzen ausgeschlossen. Die Bürgerlichen teilen die «Macht» unter sich, und so wird das hier auch bei den Themen gehandhabt.

Zum Beispiel vor Weihnachten, die Anpassung der Lohnbereiche. Während der Bürgerrat bereits im Oktober für 2023 eine «individuelle Lohnentwicklung» aufgrund des Beurteilungsgesprächs für die Angestellten der Bürgergemeinde sowie «die Prüfung» der 40-Stunden-Woche beschlossen hat, war es nun am Parlament, über eine Aktualisierung der Lohnbereiche und Richtanfangslöhne zu entscheiden.

Um weiterhin «marktkonform und konkurrenzfähig zu sein» - so der Wunsch der Exekutive – sollten beim Bürgergemeindespital die Lohnbereiche zwar



Brigitta Gerber, Bürgergemeinderätin, Foto: Nils Fisch 2020

angepasst werden, die Teuerung hingegen müsse nicht ganz ausgeglichen werden. Diesem Antrag folgte dann das bürgerlich/SVP dominierte Parlament und entschied, die Richtanfangslöhne per 1. Januar 2023 nur um 2,5 anstatt – wie für die Angestellten des Kantons Basel-Stadt – um 3 Prozent anzuheben.

Ein voller Teuerungsausgleich, wie er seitens Personalvertretungen und auch von der SP und dem Grünen Bündnis gefordert worden war, fand keine Mehrheit. Und dies, obwohl gerade das Personal der sozialen Unternehmungen, die Menschen mit Behinderung oder ältere Menschen betreuen, in den letzten beiden Coronajahren besonders gefordert war und ihnen immer wieder versprochen wurde, das würde dann auch einmal entlohnt! Aber eben, lieber klatschen...

Brigitta Gerber,
Bürgergemeinderätin
BastA!/Grünes Bündnis

BÜRGERGEMEINDERATSWAHLEN

Am 18. Juni 2023 finden in Basel-Stadt Bürgergemeinderatswahlen statt. BastA! wird erstmalig eine eigene Liste für den Bürgergemeinderat aufstellen. Wahl- und stimmberechtigt sind leider nur Basler Bürger*innen. Obwohl in unserem Kanton fast 200.000 Menschen leben, sind nur etwa 50.000 Menschen berechtigt den Bürgergemeinderat zu wählen.

Neben den Einbürgerungen als wichtiges Tätigkeitsfeld, hat die Bürgergemeinde auch die Aufsicht über die Christoph Merian Stiftung, die Zünfte und unterhält beispielsweise das Bürgerspital und das bürgerliche Waisenhaus.

Hilf uns dabei, frischen Wind in den Bürgergemeinderat zu bringen!

Basta!

Basels starke Alternative

BASTA! – ES REICHT

Wir haben genug von einer Welt, die unter dem Diktat des Kapitalismus von einer Krise in die nächste schlittert. Wir haben genug von der profitgetriebenen Ausbeutung von Mensch und Natur. Wir haben genug von der herrschenden Logik der Konkurrenz und des Wirtschaftswachstums. Darum haben wir uns als Basta! zusammengeschlossen.

Als feministische, ökosozialistische Partei arbeiten wir an der radikalen Umverteilung von Zeit, Macht und Geld. Wir streiten für eine soziale Revolution, die das gute Leben für alle ins Zentrum stellt. Unsere Solidarität gilt allen Menschen auf der Welt, die sich gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung zur Wehr setzen und ein Leben in nachbarschaftlicher Freiheit und Würde einfordern. Ihr Kampf ist auch unser Kampf. Gemeinsam engagieren wir uns leidenschaftlich für eine Welt, die frei von Armut, Hunger, Krieg und Diskriminierung ist.

Wir wollen, dass Basel eine grüne und lebenswerte Stadt für alle wird. Darum setzen wir uns dafür ein, dass die Lebensräume unter der aktiven Mitwirkung der Menschen gestaltet werden, die sie bewohnen. Wir machen uns stark für Klimagerechtigkeit, Steuergerechtigkeit und dafür, dass Grundrechte und Menschenrechte immer, überall und für alle gelten.

Gesellschaftlicher Wandel wird überall dort angestossen, wo Menschen gemeinsam für ihre Anliegen eintreten. Deshalb engagieren wir uns in sozialen, queeren, antirassistischen, feministischen und ökologischen Bewegungen, in Parlamenten sowie in unseren Nachbarschaften. Wir wollen voneinander und miteinander lernen. Nach aussen wie nach innen arbeiten wir an diskriminierungsfreien Räumen des offenen Austauschs und der konstruktiven Diskussion.

Eine andere Welt ist möglich. Bewegen wir uns!